

Für ein Presseamt.

Freitag nachmittags fand im Sitzungssaale der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer eine von der Organisation der Wiener Presse veranstaltete und überaus zahlreich besuchte Journalistenversammlung statt, die zur Umwälzung im Staate Stellung nahm und im Interesse der künftigen Pressepolitik eine Reihe von Forderungen an den Staatsrat beschloß. Nach Eröffnung der Versammlung teilte der Vorsitzende Dr. v. Ludasch mit, daß der Staatskanzler Dr. Renner es auf das lebhafteste bedauert habe, mit Rücksicht auf die starke Belastung durch Beratungen im Staatsrate nicht die Möglichkeit zu haben, der Versammlung beizuwohnen, daß er aber bestrebt sei, so rasch als möglich den nötigen Kontakt mit der deutschösterreichischen Presse zu finden und daß er schon im Laufe der nächsten Woche die Schaffung eines Presseamtes bei der Staatskanzlei in Angriff nehmen wolle, im Sinne der Forderungen der Organisation, die er wärmstens beariße.

Hierauf erstattete der Vorsitzendestellvertreter Dr. Wengraf einen eingehenden Bericht, in dem er die Notwendigkeit betonte, im Interesse des Staates eine gesündere Pressepolitik zu verfolgen, als es bisher geschehen ist, wozu jedoch eine ständige Rücksichtnahme der Regierungsstellen, vor allem in Pressefragen, mit den Vertretern der Presse unbedingt erforderlich sei. Die deutschösterreichische Presse bekenne sich voll und ganz zum neu errichteten Staate, dessen Interessen sie immer zu fördern bestrebt sein werde, sie nehme für sich aber auch das Recht in Anspruch, an dem Neuaufbau des Staates unmittelbar mitwirken zu können. Die deutschösterreichische

Journalistik begrüße es, daß zu den ersten Handlungen der provisorischen Nationalversammlung die Gewährleistung der vollen Pressefreiheit gehörte, sie erwartet aber auch die rasche Beseitigung der letzten Reste der administrativen Gewalt über die Presse und die Aufhebung des Kolportageverbotes. Andererseits sei es eine oberste Pflicht jedes verantwortungsvollen Berufsjournalisten, sich in dieser Zeit aus eigenen Stücken das nötige Maß von Selbstzensur aufzuerlegen. Der Berichterstatter begründete hierauf die aufgestellten Forderungen, die in folgender Resolution zusammengefaßt erscheinen:

Die am 8. November d. J. im Sitzungssaale der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer abgehaltene Vollversammlung der Organisation der Wiener Presse, die die Journalisten sämtlicher Parteirichtungen vereinigt, hat einmütig folgende Entschliessung gefaßt:

Die Versammlung erklärt es für eine unabwiesbare Notwendigkeit, zugleich mit dem Neuaufbau des deutschösterreichischen Staates auch eine Neugestaltung der Presseverhältnisse vorzunehmen. Sie stützt sich dabei auf die durch die Erfahrungen des Krieges neuerlich gestärkte Erkenntnis, daß eine gesunde Pressepolitik zu den grundlegenden Voraussetzungen einer gesunden inneren und äußeren Politik überhaupt gehört. Die Versammlung begrüßt es deshalb, daß zu den ersten Schritten der provisorischen deutschösterreichischen Nationalversammlung die Gewährleistung der vollen Pressefreiheit gehörte; sie spricht die Erwartung aus, daß dieses Grundgesetz so rasch als möglich durch eine, wenn auch nur provisorische Pressegesetznovelle ergänzt wird, die auch die letzten Reste der administrativen Gewalt über die Presse beseitigt und das bestehende Kolportageverbot aufhebt. Gleichzeitig aber macht die Versammlung es jedem Berufsjournalisten zur obersten Pflicht, sich in dieser schicksalsschweren Zeit seiner Verantwortung der Öffentlichkeit gegenüber in erhöhtem Maße bewußt zu werden und sich aus freien Stücken jenes Maß von Selbstzensur aufzuerlegen, das angesichts der schwierigen und gefährlichen Verhältnisse der Gegenwart dringend geboten erscheint.

Die Versammlung verlangt:

1. die Berufung eines Vertrauensmannes aus der Mitte der Berufsjournalisten in die Staatskanzlei, um dort an der Schaffung einer Zentralstelle für alle Zeitungsangelegenheiten mitzuwirken. Diese Zentralstelle hätte folgende Aufgaben zu erfüllen:

a) Errichtung einer Wirtschaftsabteilung für alle wirtschaftlichen Fragen des Zeitungswesens in der Übergangszeit (Beschaffung der Rohmaterialien, Sicherung der Papierproduktion usw.). Dieser Wirtschaftsabteilung, in die fachlich gebildete Beamte einzureihen sind, ist ein Zeitungsbeirat beizugeben, dem auch Vertreter der Organisation der Wiener Presse angehören sollen.

b) Errichtung einer Nachrichtenstelle, die mit allen Staatssekretariaten in Verbindung und der Presse für Informationszwecke ständig zur Tag- und Nachtzeit zur Verfügung steht und für die Propaganda im Ausland zu sorgen hat.

c) Einsetzung eines im Einvernehmen mit der Organisation der Wiener Presse zu bestellenden und aus Vertretern der namhaften deutschösterreichischen Journalistenvereinigungen bestehenden Presseausschusses, dem die Ausarbeitung eines Entwurfes für ein neues Pressegesetz zu übertragen wäre, das neben den öffentlichrechtlichen Pressebestimmungen auch ein Journalistengesetz zu umfassen hätte; überdies wären der Nationalversammlung von diesem Ausschuss Vorschläge zur Schaffung von Journalistenkammern zu erstatten.

2. Berufung von Journalisten als Prekleiter in die Zentralstellen.

3. Neuregelung der Bezüge aller bisher in öffentlichen Ämtern und bei Amtsblättern im Vertrags-, Beamten- oder Lohnverhältnis tätigen Journalisten, entsprechend den zwischen den Wiener Tageszeitungen und der Organisation der Wiener Presse abgeschlossenen Kollektivabmachungen.

4. Berufung von Journalisten als Attachés bei den zur Weisung gelangenden auswärtigen Vertretungen Deutschösterreichs.

Die Versammlung beauftragt den Vorstand, diese Entschliessung sofort dem Präsidium des Staatsrates und dem Direktor der Staatskanzlei zu übermitteln und ein Komitee einzusetzen, das die Verhandlungen mit dem Staatsrat über die Durchführung der in dieser Entschliessung niedergelegten Wünsche der Gesamtheit der Wiener Presse zu führen habe.

Diese Forderungen wurden nach kurzer Debatte einstimmig zum Beschluß erhoben und die Versammlung nach Erörterung von Maßnahmen, die im Interesse der Sicherung der Papierbelieferung der Zeitungen gelegen wären, geschlossen.